

26. November 2024
WP21-26/A-020

ANTRAG
gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt die Aufnahme des nachfolgenden Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung der zuständigen Ratsgremien:

Überarbeitung des Standortkonzepts für Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Standortkonzept für Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Gebiet der Gemeinde Rastede aus dem Jahr 2022 zu überarbeiten.

Begründung:

Die bisherige Potenzialanalyse aus dem Jahr 2022 dient als Grundlage für die Auswahl geeigneter Standorte für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Gemeinde Rastede. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass regelmäßig von der Studie abgewichen wird. Dies führt zu einer Situation, in der Entscheidungen derzeit nach dem „Windhundprinzip“ getroffen werden und kein klarer, langfristiger Entwicklungsplan verfolgt wird.

Zudem gibt es zunehmend Bedenken hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung und das Landschaftsbild, insbesondere bei einer übermäßigen Ausweisung von Photovoltaik-Flächen. Um eine zu starke Beeinträchtigung von Landschaft und Landwirtschaft durch Photovoltaik-Anlagen zu vermeiden, ist es notwendig, klare Leitlinien zu entwickeln, die eine ausgewogene und nachhaltige Flächennutzung sicherstellen.

Vor diesem Hintergrund sehen wir es als notwendig an, das bestehende Standortkonzept zu überprüfen und fortzuschreiben. In diesem Prozess sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Aktuelle Entwicklungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene: Es ist notwendig, dass neue gesetzliche Vorgaben, Förderprogramme und politische Zielsetzungen zur Förderung der erneuerbaren Energien in die Potenzialanalyse einfließen.
- Konkretisierung der Flächenvorgaben: Die Fortschreibung soll konkrete Flächenkriterien benennen, um eine transparente und verlässliche Grundlage für zukünftige Entscheidungen zu schaffen. Dies umfasst auch eine klare Definition von Ausschluss- und Vorranggebieten für Photovoltaik-Freiflächenanlagen.
- Gestaffelte Flächenzuweisung: Um eine ausgewogene Flächennutzung sicherzustellen, sollte die Möglichkeit einer gestaffelten Flächenzuweisung geprüft werden. Dies könnte eine sukzessive Ausweisung neuer PV-Flächen in Abhängigkeit von der Entwicklung der bestehenden Anlagen vorsehen.
- Höchstgrenze für PV-Freiflächenanlagen: Es soll darüber hinaus eine Obergrenze für PV-Freiflächen (in Hektar) festgelegt werden, um eine übermäßige Inanspruchnahme landwirtschaftlicher oder ökologisch wertvoller Flächen zu verhindern.

- Berücksichtigung des Landschaftsbildes und der Landwirtschaft: Die Auswirkungen auf das Landschaftsbild sowie Landwirtschaft müssen bei der Standortwahl stärker berücksichtigt werden. Ein übermäßiger Ausbau von Photovoltaik-Flächen kann das Erscheinungsbild der Kulturlandschaft negativ beeinflussen und die Verfügbarkeit der landwirtschaftlichen Nutzflächen weiter reduzieren.
- Ausgewogene Verteilung von erneuerbaren Energien auf dem Gemeindegebiet: Das Rastedermoor wird auf Grund verschiedener Faktoren bereits stark belastet. Neben der Errichtung von weiteren Windenergieanlagen und der Verlegung neuer Leitungen befinden sich dort zahlreiche PV-Gunstflächen, die besonders attraktiv für weitere Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien erscheinen. Um eine zu starke Konzentration von Photovoltaik-Anlagen in bestimmten Gemeindegebieten zu vermeiden, soll eine möglichst gleichmäßige Verteilung auf dem gesamten Gemeindegebiet angestrebt werden. Dies trägt zur Entlastung einzelner Gebiete und zur Wahrung eines harmonischen Landschaftsbildes bei.

Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die kommunale Energiepolitik zu stärken, ist weiterhin eine umfassende Bürgerbeteiligung notwendig. Die Bevölkerung soll in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um ihre Anliegen zu berücksichtigen und Akzeptanz für neue Projekte zu schaffen. Zudem ist es wichtig, durch klare und transparente Planungen eine langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten, damit die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die getroffenen Entscheidungen entwickeln können.

Die Überarbeitung der Potenzialanalyse soll dazu beitragen, die Ausweisung von Standorten für Photovoltaik-Freiflächenanlagen, möglichst auf Basis eines politischen Konsenses, planungssicher und zukunftsorientiert zu gestalten. Eine klare Flächenplanung ermöglicht es, die Energiewende auf kommunaler Ebene zielgerichtet und von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert, voranzutreiben. Sie trägt zur Erreichung der Klimaschutzziele der Gemeinde Rastede bei und sichert gleichzeitig den Erhalt einer vielfältigen und intakten Landschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Dierk von Essen